

"Chance zu neuen Mehrheiten nutzen" IG-Metall-Chef Berthold Huber über Wahlergebnisse, Zusagen der Kanzlerin und Krisen-Lehren

Die Landtagswahlen haben gezeigt, dass bei hoher Wahlbeteiligung eine Koalition von Union und FDP keine Mehrheit hat, sagt IG-Metall-Vorsitzender Berthold Huber. Im Interview mit der Berliner Zeitung erläutert er, warum er Schwarz-Gelb für die schlechteste Option hält und vor welchen Aufgaben die neue Bundesregierung stehen wird.

Herr Huber, was hat die IG Metall mit Bob Geldof gemeinsam?

Eine Menge. Geldof setzt sich für die Armen dieser Welt ein, wir sehen zu, dass wir Arbeitnehmern helfen, ihre Rechte einzufordern. Uns eint die Überzeugung, dass wir in einer Welt leben, in der es gerecht zugehen muss.

Brauchen die Gewerkschaften mittlerweile solche Stars, um ihre Mitglieder zum Kommen zu bewegen - wie am Sonnabend zu Ihrer Veranstaltung in der Frankfurter Fußball-Arena?

Nein, die IG Metall hat keine Probleme, ihre Mitglieder bei Tarifverhandlungen und zu Demonstrationen zu mobilisieren. Denken Sie an die Großkundgebung im Mai in Berlin: Da kamen Zehntausende, um für einen Sozialpakt für Europa zu demonstrieren. Die Veranstaltung in der Frankfurter Arena wird die größte Wählerveranstaltung bundesweit vor der Bundestagswahl. Dort wollen wir unseren Mitgliedern und Freunden nicht nur Diskussionen und Standpunkte offerieren, sondern auch Unterhaltung. Eben mit Bob Geldof.

Ist das neuer Stil der Gewerkschaft, nun Stadien aufzusuchen statt auf die Straße zu gehen, den öffentlichen Raum zu suchen?

Es ist eine Ergänzung unserer sonstigen Formen, politische Meinung und Willen auszudrücken. Wir wollen mit dieser Veranstaltung die Politiker auffordern, auf die Sorgen und Bedürfnisse der normalen Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der Hilfebedürftigen stärker einzugehen und nicht den Reichen noch mehr Steuern zu erlassen. Es werden Arbeitslose zu Wort kommen, die von ihren Er-

fahrungen erzählen. Bandarbeiter werden über ihre schwere Arbeit berichten und darüber, warum die Rente mit 67 eine Zumutung ist. Im Übrigen muss niemand Sorgen haben, dass die IG Metall nicht mehr auf die Straße geht. Das wird noch kommen, wenn Entlassungen in großem Stil anstehen.

Rechnen Sie mit einer Entlassungswelle nach der Bundestagswahl? Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall widersprach bereits Gerüchten, dass es ein Stillhalteabkommen zwischen Unternehmen und Kanzlerin gibt, um den Wahlsieg der Union nicht zu gefährden.

Nachdem ein Vorstandschef eines großen Dax-Unternehmens von einem Stillhalteabkommen gesprochen hat, muss man davon ausgehen, dass es dieses gibt. Ich kann nur jeden davor warnen, bis zum 27. September so zu tun, als ob es keine Entlassungen gäbe, aber am 28. nach der Wahl zu beginnen, Leute rauszuschmeißen. So kann man mit den Arbeitnehmern nicht umspringen. Das wäre ein große Lumperei. Sobald wir merken, dass Entlassungen in größerem Ausmaß vorbereitet werden, werden wir mit allen Mitteln dagegen vorgehen.

Sie haben die Veranstaltung in der Frankfurter Arena unter das Motto gestellt: Politik machen für die Mehrheit. Hat die große Koalition in den vergangenen vier Jahren eine solche Politik gemacht?

Mal ja, mal nein.

Fangen wir mit dem Positiven an.

Die Bundesregierung hat sehr schnell auf die Krise reagiert, das muss man ihr ausdrücklich zu Gute halten. Sie hat beispielsweise die Zeitdauer für die Kurzarbeit von sechs auf 24 Monate verlängert. Das hat die Beschäftigung gerade in der Industrie stabilisiert. Die Konjunkturpakete, insbesondere die Abwrackprämie, erzielen offensichtlich Wirkung.

Was steht auf der Negativ-Seite?

Dass nicht viel geschehen ist in der Fra-

ge: Was haben wir aus der Krise gelernt? Die auch von der Bundesregierung betriebene Deregulierung des Finanzmarkts hat in die Krise geführt. Aber bislang ist nicht viel getan worden, diese Deregulierung wieder zurückzudrehen. Wir können nicht schon so tun, als sei die Normalität wieder hergestellt nach dem Motto: Nach der Krise ist gleich vor der Krise.

Was stellen Sie sich vor?

Unter anderem müsste es eine Börsenumsatzsteuer geben, damit die wild um den Globus geisternden Finanzströme gebändigt werden. Mit dieser Forderung stehen wir im Übrigen nicht allein. Auch die britische Bankenaufsicht hält eine solche weltweite Steuer auf Finanzgeschäfte für sinnvoll. Es muss für Transparenz an den Börsen und Finanzmärkten gesorgt und ein Katalog aufgestellt werden, welche Transaktionen und Finanzprodukte erlaubt sind und welche nicht. Zweitens sollte das Aktienrecht geändert werden. Es darf nicht mehr allein der Gewinn und die Wertsteigerung für die Aktionäre im Vordergrund stehen. Das Handeln von Vorstand und Aufsichtsrat muss ebenso stark auf das Wohl der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit ausgerichtet werden.

Und drittens?

Bislang haben die Steuerzahler weitgehend die Folgen der Krise bezahlt, indem mit Milliarden-Geldern die Banken gestützt werden mussten. Jetzt müssen auch die herangezogen werden, die an der Krise verdient haben. Die müssen an den Lasten der Krise beteiligt werden. Es wäre dringend notwendig, die Spitzensteuersätze für Großverdiener zu erhöhen. Dass die FDP nun auch noch für ihre Klientel Steuersenkungen fordert, ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

Bei einem Wahlsieg von Schwarz-Gelb würden Ihre Wünsche nicht in Erfüllung gehen.

Schwarz-Gelb ist die schlechteste aller Optionen für das Land und die Arbeitnehmer. Ich kann die Kanzlerin und die

Union nicht verstehen, wenn sie sagen, dass mit ihnen Reformen am schnellsten umzusetzen sind. Sie wollen nach wie vor mit der FDP die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer beschneiden und den Kündigungsschutz aushöhlen. Die FDP ist immer noch der Auffassung, dass man alles möglichst dem Markt überlassen muss. Also genau die Position, die mit in die Krise geführt hat. Das ist nicht zu fassen.

Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Ergebnissen der Landtagswahlen?

Wähler entscheiden und nicht Meinungsforscher. Bei hoher Wahlbeteiligung hat Schwarz-Gelb offenbar keine Mehrheit. Für die Länder, in denen die CDU-Ministerpräsidenten abgewählt wurden, hoffe ich, dass die Chancen zu neuen Mehrheiten auch genutzt werden. Im Bundestagswahlkampf müssen die Parteien jetzt sagen, wie sie die Krise bewältigen wollen. Es muss Klartext darüber geredet werden, wer die Zeche für die Krise zahlen soll und wie Arbeit gesichert wird. Eine Stigmatisierung der Linken hätte das Niveau von Kanzlerinnen und Dienstwagenutzung. Das interessiert die Menschen nicht.

Die Kanzlerin hat zugesagt, den Kündigungsschutz nicht anzutasten. Beruhigt

Sie das nicht?

Nein, im Gegenteil. Das sagt die Kanzlerin zwar. Aber wer sich mit so jemandem wie der FDP ins Bett legen will, die ausdrücklich die Arbeitnehmer-Rechte beschneiden will, der darf sich nicht wundern, wenn man die Aussage nicht für glaubhaft hält. Ich befürchte, dass unter Schwarz-Gelb Sozialleistungen gekürzt statt erweitert werden.

Eines haben Sie mit der Kanzlerin derzeit gemeinsam. Die IG Metall hat sich wie der Bund bei Opel auf den Investor Magna festgelegt. General Motors sträubt sich dagegen. Gibt es ein Druckmittel, GM zu dieser Entscheidung zu zwingen?

Magna ist kein einfacher Investor, um das klarzustellen. Auch mit Magna werden Arbeitsplätze abgebaut. Aber Magna ist vor allem ein industrieller Investor, der Opel weiterentwickeln und mit den russischen Partnern Sberbank und Gaz neue Absatzmärkte erschließen will. Wir können GM nicht zwingen, nur Druck ausüben. Die Arbeitnehmer haben ihr Weihnachts- und Urlaubsgeld Opel gestundet, um das Unternehmen zu entlasten. Diese Vereinbarung haben wir gekündigt. Wir haben ebenso das Geld aus einer Stufe der Tarifierhöhung

gestundet. Das werden wir ebenfalls aufheben. Wir wollen Opel nicht völlig von GM trennen. Im Magna-Konzept behält GM schließlich 35 Prozent an Opel. Aber Opel muss endlich aus der Umklammerung von GM befreit werden. Die Entscheidungen müssen dort fallen, wo die Märkte sind.

Wäre es wirklich eine Katastrophe, wenn Opel bei GM verbliebe?

Das Management von GM hat den Konzern über Jahre unbelehrbar in die Grütze gefahren, dass schließlich nur eine jammervolle Insolvenz blieb. Soll dieses Management wieder über die Geschicke von Opel und Zehntausender Arbeiter in Europa bestimmen? Da sagen wir ganz klar nein. Das muss vorbei sein. GM ist jetzt praktisch ein Staatskonzern. Deswegen muss die Bundesregierung der amerikanischen Regierung deutlich machen, dass jetzt und nicht in Wochen Entscheidungen fallen müssen.

Interview: Matthias Loke